

Suchtprävention im Kulturpark: Magistrat beschließt Neukonzeption



Der Magistrat hat in seiner Sitzung am Dienstag, 2. Februar, die Neukonzeption des suchtpräventiven Angebots im Kulturpark zusammen mit dem Alkoholpräventionsprojekt „HaLT“ (Hart am LimiT) beschlossen.

Das mobile Kontaktcafé im Kulturpark, das vom Suchthilfezentrum betrieben wird, hat sich in den vergangenen Jahren als eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Jugendliche bewährt.

Insbesondere alkohol- bzw. suchtgefährdete Jugendliche, die sonst über andere Hilfsangebote kaum zu erreichen sind, werden dort pädagogisch begleitet und in ihren Kompetenzen gestärkt. Hierfür erhält das Suchthilfezentrum einen jährlichen Zuschuss aus dem Ordnungsdezernat.

„Darüber hinaus arbeiten bereits seit 2008 zahlreiche Institutionen in Wiesbaden im Rahmen des Alkoholpräventionsprojektes ‚HaLT‘ hervorragend zusammen; Ziel ist es, den Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen zu verhindern“, so Ordnungsdezernent Dr. Oliver Franz.

Das HaLT-Bündnis ist durch seine vielfältigen Aktivitäten, wie beispielsweise die Chillout-Zone beim Theatrium, aber auch durch Jugendschutzkontrollen bei Veranstaltungen und Testkaufaktionen in Verkaufsstellen, bekannt und zu einem wichtigen Baustein im Bereich des Jugendschutzes in Wiesbaden geworden.

Nach der Ankündigung des Landes Hessen, die Kofinanzierung des HaLT-Projektes Ende 2015 einzustellen, wurde durch das Gesundheitsdezernat kein Geld für den städtischen Anteil zum Doppelhaushalt 2016/17 angemeldet.

In den Haushaltsberatungen wurde aber festgelegt, daß diese Mittel bereitgestellt werden, falls

das Land die Kofinanzierung doch über 2015 hinaus fortsetzen sollte.

Das Suchthilfezentrum hat inzwischen eine neue Konzeption entwickelt, die eine Zusammenlegung der Aktivitäten des mobilen Kontaktcafés und HaLT ermöglicht.

"Durch die daraus entstehenden Synergieeffekte können nun sowohl das suchtpräventive Angebot auf dem Kulturparkgelände als auch die Jugendschutzmaßnahmen im Rahmen des HaLT-Bündnis durch den finanziellen Zuschuss des Ordnungsdezernates budgetneutral fortgeführt werden", so Dr. Franz abschließend.